

Auf der entwicklungspolitischen Jahrestagung im Tagungshaus Villigst der Evangelischen Akademie Villigst im Januar 2023 haben wir unter dem Tagungsthema „Ein Klima für den Frieden: Wie können Klimaschutz und Frieden gelingen?“ unsere Sorge angesichts der Klimafolgen von Krieg und Militarisierung miteinander beraten. Daher geben wir die folgende friedensethische Stellungnahme ab:

Friedensethische Stellungnahme

Wir - evangelische und katholische - Christen setzen uns ein für Frieden, gewaltfreie Konfliktlösung und zivile Streitkultur. Spannungen und Konflikte müssen grundsätzlich durch Gespräche und Verhandlungen überwunden werden. Politische Ziele dürfen unter keinen Umständen mit der Drohung und Anwendung von Gewalt verfolgt und durchgesetzt werden. Wir sind als Christinnen und Christen entschieden gegen jede Form von Hass und Gewalt. Damit folgen wir Jesus, der Gewalt weder mit passiver Gleichgültigkeit noch mit gewaltsamer Aggression begegnet, sondern mit aktivem Gewaltverzicht. Mit den ethischen Geboten der Bergpredigt, dem Grundgesetz christlichen Handelns und der biblischen Vision „Schwerter zu Pflugscharen“ arbeiten wir gemeinsam an der Überwindung von Krieg, Militarismus und Waffenbesitz, am Aufbau einer friedlichen und gerechten Weltordnung: Wir verurteilen deshalb kriegerische Invasionen.

Denn völkerrechtswidrige Angriffe sind eine Verletzung von Artikel 2 der UN-Charta, eklatante Verstöße gegen Völker-Menschenrechtsnormen, internationale Verträge und die Vereinbarungen der OSZE.

Wir verurteilen die nationalistische Sichtweise und die imperialistische Grundhaltung, mit denen Regierungen mit Militärmacht das Existenzrecht anderen Völkern und Nationen absprechen, rücksichtslos Gebiete erobern und selbstherrlich Grenzen verschieben. Damit werden jahrzehntelange bewährte Sicherheitsarchitekturen zum Einsturz gebracht. Auch der Kerngedanke, durch gegenseitiges Vertrauen Frieden zu schaffen, wird durch diese brutalen Überfälle für lange Zeit erschüttert.

Wir beklagen, dass Aggressoren meistens keinerlei Bereitschaft zeigen, die Zivilbevölkerung zu schonen und humanitäre Grundsätze missachten mit gezielten Angriffen auf Wohnungen, Krankenhäuser, Einkaufszentren, Bahnhöfe, Schulen, Kultureinrichtungen und religiöse Versammlungsstätten wie Kirchen, Moscheen etc. Mit planmäßigen Zerstörungen der Infrastruktur werden Städte, Regionen und oft ganze Länder in humanitäre Katastrophen getrieben. Mit diesen kriegerischen Maßnahmen wird gegen die Genfer Konvention (Art.54) verstoßen.

Wir beklagen, dass immer wieder Machthaber Angriffskriege rechtfertigen und sogar Vertreter von Kirchen wie derzeit in Russland das Christentum für die imperialen Ansprüche einer Diktatur missbrauchen. Die „metaphysische Überhöhung“ von Kriegen als Kämpfe gegen andere Kulturen, die unzähligen Menschen das Leben kosten, steht gegen das christliche Gebot der Barmherzigkeit und findet unseren entschiedenen Widerspruch. Aus unserer eigenen Geschichte haben wir die Verbindung von Glauben und Gewalt als blasphemischen Irrweg erkannt.

Wir befürchten, dass weitere unbeschreibliche Hungersnöte vor allem in den Ländern des globalen Südens ausbrechen, wenn weiterhin Kriege als Machtmittel eingesetzt werden. Auch das Welternährungsprogramm der UNO, das in Krisenregionen oft schlimme Hungernöte verhindert bzw. zumindest lindert, ist auf Lieferungen von Nahrungsmitteln angewiesen. Das ist dann nicht mehr möglich, wenn Landwirte ihre Felder nicht mehr bestellen können.

Wir sehen auch immer wieder, dass die Kampfhandlungen den Klimawandel weiter anheizen, dessen Folgen bereits überall auf der Welt spürbar sind. Das Militär gehört ohnehin mit zu den größten Verursachern der Treibhausgase.

Kriege verschlingen Gelder und Ressourcen, die dringend für den Klimaschutz, zum Kampf gegen Armut und Hungerbekämpfung eingesetzt werden müssen, dieser Aufgabe aber entzogen werden.

Wir sind dankbar für die große Hilfsbereitschaft, die in unserem Land die zur Flucht gezwungenen Menschen erfahren, die unkomplizierte Aufnahme, die gesammelten Spenden, und die vielen Zeichen der Solidarität nicht nur von Mitgliedern unserer Kirchen und besonders für das engagierte Handeln und das beharrliche Gebet in unseren Gemeinden.

Wir appellieren an die Verantwortlichen in unseren Kirchen und der Politik, immer auf diplomatische Bemühungen zu setzen, jeden Einstieg in Verhandlungen zu unterstützen und Brücken des Dialogs zu bauen, wo immer es möglich ist. In den Kirchen sollten dafür die Kontakte über den Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) und die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) genutzt werden.

Wir werden nicht nachlassen, uns für den Frieden einzusetzen:

„Selig, die Frieden stiften, denn sie werden Gottes Kinder heißen.“ (Matth.5,9)